Das Bundesarchiv

Konzept für Maßnahmen gegen den BND

6. April 1971

Konzeption für politisch-operative und publizistische Maßnahmen zur Förderung der politischen Auseinandersetzungen um die Rolle und Funktion des BND und zur Entlarvung der Hintergründe dieser Auseinandersetzungen [K 1/21]

Quelle

BArch, MfS, ZAIG 4996, Bl. 1–23 (1. Expl.).

Serie

K 1 (Verschiedenes).

Verteiler

Kein Nachweis für externe und interne Verteilung.

Vermerk

Im Dokumentenkopf: »Reg.#19/71«.

Verweis

Bericht K 1/25.

[Faksimile von Blatt 1]

1. *Ausgangspunkt* für aktive Maßnahmen des MfS sind die mit der »Spiegel«-Veröffentlichung »Pullach intern« [1] eingeleiteten Angriffe gegen den BND, die offensichtlich auf Initiativen von Strauß [2] und hinter ihm stehenden Führungskreisen der CDU/CSU gemeinsam mit den am weitesten rechts stehenden SPD-Kreisen ausgelöst wurden.

Diese Kräfte operieren mit Behauptungen, dass der BND aufgrund der Einflussnahme der SPD-Führung (besonders Ehmkes[3]) im Sinne seiner stärkeren Ausrichtung auf die Bonner sogenannte Ost- und Deutschlandpolitik[4] in gewissem Maße »funktionsuntüchtig« geworden sei.

Aus den bisherigen »Spiegel«-Veröffentlichungen und der darauf erfolgten Reaktion kristallisiert sich als eigentliche Zielsetzung immer deutlicher heraus:

- Forcierung der Angriffe des Rechtskartells[5] auf die »Ost- und Deutschlandpolitik« der Brandt/Scheel-Regierung [6] und zur Schwächung ihre Position insgesamt;
- Zurückdrängung des Einflusses führender SPD-Vertreter auf den BND (als eines der wichtigsten Organe des westdeutschen staatsmonopolistischen Herrschaftssystems);
- verstärktes Herausstellen des »Dilettantismus« führender SPD-Vertreter.

Diese Einschätzung der eigentlichen, mit den Veröffentlichungen verfolgten Zielsetzung wird noch durch die deutlich sichtbar gewordenen Bestrebungen erhärtet, die Rolle des BND unter Leitung Gehlens [7] zu glorifizieren und als wirksamer herauszustellen. Gehlen wird als »Realist« herausgestellt, unter besonderer Hervorhebung seiner Rolle als Leiter der Spionageabteilung im Generalstab der faschistischen Wehrmacht »Fremde Heere Ost« (FHO).[8] In diesem Zusammenhang werden Behauptungen hochgespielt, wonach Gehlen während des 2. Weltkrieges »realistischer« gedacht habe und manches hätte anders verlaufen können, wenn seine Ratschläge befolgt worden wären und wenn nicht »Dilettanten« (Hitler) falsch entschieden hätten.

2. Ziel und Richtung der Maßnahmen des MfS

2.1. Herausstellen der eigentlichen Ursachen für die Misere des BND:

- Veränderung des Kräfteverhältnisses;
- Zunahme der Niederlagen des Imperialismus und seiner Geheimdienste ist gesetzmäßig bedingt;
- systematische Einschränkung der Wirkungsmöglichkeiten imperialistischer Geheimdienste (Hervorhebung hoher revolutionärer Wachsamk
- Erhöhung der Wirksamkeit der Sicherheitsorgane und -maßnahmen und Wirken vieler Patrioten im Lager [des] Gegners.

2.2. Verdeutlichung der Rolle des BND zur Verwirklichung der Aggressions- und Expansionsziele des westdeutschen Imperialismus und der Forcierung der Anstrengungen des BND für diese Ziele auf verschiedenen Gebieten:

- Militärspionage und Stützpunktschaffung im Sinne der Vorbereitung einer militärischen Aggression;
- Forcierung der politischen Spionage (Ansatzpunkte für verstärktes politisches und ideologisches Eindringen in die DDR und andere sozialistische Staaten);
- Forcierung der ökonomischen Spionage und Störtätigkeit;
- Notwendigkeit der weiteren Erhöhung der Wachsamkeit als wesentliche Voraussetzung gegen offene und schleichende imperialistische Aggressionspolitik.

2.3. Förderung des Differenzierungsprozesses und der Auseinandersetzunzen in Westdeutschland durch

a) Entlarvung der Machenschaften des Rechtskartells, die sich u. a. in Veröffentlichungen über den BND widerspiegeln;

b) Herausstellen der Verantwortung der Brandt/Scheel-Regierung für alle vom BND ausgehenden Aktivitäten, auch für Duldung der Vorgänge BND;

c) Förderung der Auseinandersetzungen und der Unsicherheit durch gezielte differenzierte Lancierungen sowohl links- als auch rechtsgerichte Darstellungen.

2.4. Verstärkung der Unruhe und Unsicherheit in WD und weitere Entlarvung der Rolle des BND in mehreren Richtungen:

- Widerspiegelung des mehrgleisigen Bonner Vorgehens und der Interessen mehrerer Gruppierungen im Handeln des BND (von alten Faschi Militaristen und Strauß bis zu Brandt,[9] Wehner,[10] Schmidt[11] und Ehmke);
- Nutzung der Möglichkeiten des BND durch das Rechtskartell, bis zur Ausführung von Spitzelaufträgen nach innen im Auftrage des Rechtskartells;[12]
- Enthüllungen über den BND (Aufträge des BND, Festnahme von Spionen und Agenten, Aussagen Festgenommener, Auftreten eines »Selbststellers« usw.).

3. Vorschläge für aktive Maßnahmen des MfS

Die aktiven Maßnahmen sind in Übereinstimmung mit der unter Punkt 2 genannten Zielsetzung bzw. mit Teilen dieser Zielsetzung vorzubereiten, zu organisieren und durchzuführen.

3.1. Maßnahmen in Presse, Rundfunk und Fernsehen der DDR

Ausgangspunkt ist die vorstehend genannte Zielsetzung (Pkt. 2.1. und Teile der Pkte. 2.2. bis 2.4.). Dabei sollten – entsprechend den Vorschlägen der Abt. Agitation – in Bezug auf die Situation im BND mit beachtet werden:

- der im BND wirkende Widerspruch zwischen der Verflechtung der alten Variante des offenen Antisozialismus, der Politik der Stärke usw. einerseits und der neuen Variante der Bonner sogenannte Ost- und Deutschlandpolitik, der Forcierung der politisch-ideologischen Aufweichung und Zersetzung usw. andererseits;
- die sich aus der personellen Zusammensetzung ergebenden Differenzen zwischen Militärs und Zivilisten, überalterten Mitarbeitern und akademischen Nachwuchskräften, ehemaligen Wehrmachtsangehörigen und SD-Mitarbeitern, Mitarbeitern des BND und des Bundeskanzleramtes.

Die Darlegung dieser Widersprüche bzw. Grunddifferenzen muss gezielt und differenziert erfolgen, ohne dabei die Mehrgleisigkeit des Bonner Vorgehens und das ihm entsprechende Zusammenwirken bzw. Zusammenspiel der verschiedenen Kräfte außer acht zu lassen. (Die Gemeinsamkeit besteht in der Grundhaltung: Zurückdrängung und Beseitigung des Sozialismus. Differenzen bestehen vorwiegend in Fragen des taktisch-methodischen Vorgehens.)

Weiter sind in diesem Zusammenhang zu beachten:

- die Zuspitzung der Situation im BND durch die zunehmende Entlarvung des BND bzw. westdeutscher Agenten im internationalen Maßstab Oktober 1969 und zwar
  - in sechs europäischen Staaten (DDR, ČSSR, VR Polen, VR Bulgarien, SFRJ und Österreich),
  - in vier afrikanischen Staaten (VAR, Sudan, Lesotho, Guinea) und
  - in drei asiatischen Staaten (Irak, Libanon, China),
- die Aufdeckung und Unschädlichmachung von sieben westdeutschen BND-Instrukteuren und von ihnen gesteuerter Spionagenetze in der in den letzten 20 Monaten.

(Trotz der Bonner Maßnahmen zur Erhöhung seiner Effektivität und trotz erheblicher Etataufstockung erlitt der BND verstärkt Niederlager

Auf der Grundlage der vorstehenden genannten Aspekte und Schwerpunkte der Argumentation wird konkret vorgeschlagen:

a) *Pressemaßnahmen*
   - Interview zur »Spiegel«-Serie mit Dr. Mader [13] in der Zeitschrift »Horizont«; [14]
   - gegen Bonn gerichtete Auswertung der »Spiegel«-Serie, angereichert mit dem Archiv-Material über »Panorama« [15] (Englisch, Arabisch Französisch) in Nahost, Mittelost, Südostasien und Fernost sowie in Afrika;
   - ADN-Auslandsdienst (Auszüge aus dem Interview).

Verantw.: Abteilung Agitation | *Termin:*

b) Rundfunk-Kommentare in
- Deutschlandsender – auf der Grundlage des Interviews von Dr. Mader;
- Radio DDR (II. Programm-Studio 70)[16] – auf der Grundlage und bei gleichzeitiger Aktualisierung der Dokumentation von Dr. Mader. » Geheimdienstpraxis der Brandt-Regierung«[17] (breits veröffentlicht in »Mitteilungsblatt der (AeO)«)[18] vom Juli 1970;
- Radio Berlin International – Auslandsdienst in Fremdsprachen unter Verwendung der vorstehend genannten Publikationen.

Verantw.: Abteilung Agitation | *Termin:*

c) *Fernsehdokumentation* unter hauptsächlicher Verwendung aufgezeichneter Berichte des Westfernsehens über den BND mit aktueller Umkommentierung.

Verantw.: Abteilung Agitation | *Termin:*

d) ADN-Meldung auf der Grundlage einer Verlautbarung der Pressestelle des MfS über die in jüngster Zeit erfolgten Festnahmen von Spionen Kurieren des BND ohne Nennung näherer Einzelheiten.

Verantw.: Abt. Agitation (im Zusammenwirken mit den HA II und IX) | *Termin:* 12.4.1971

e) Prüfung der Möglichkeiten, über offizielle Kontakte den französischen Kommunisten und Schriftsteller Alain Guerin [19] (Verfasser des Anti-Gehlen-Buches »Der graue General«, erschienen 1968 in Paris)[20] zu veranlassen – eventuell Einladung in die DDR –, mit geeignetem Mater von Frankreich aus die Kampagne gegen den BND wirksam zu unterstützen.

Verantw.: Abteilung Agitation

3.2. Maßnahmen auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit unter Ausnutzung von Ergebnissen der politisch-operativen Arbeit des MfS

a) Durchführung einer Festnahme mit dem Ziel der Nachweisführung, dass der BND verstärkt Spione einsetzt, die unter Missbrauch der Verbindungswege zwischen Westberlin und Westdeutschland Militärspionage betreiben. Bei der Einreise in die DDR könnte kurzfristig festgenommen werden
entweder ... | oder ...
Festnahme nur einer von beiden Personen, und zwar derjenigen, die zuerst in die DDR einreist. (Beweismittel liegen gegen beide vor.)
In die Auswertung der betreffenden Festnahme kann das bereits laufende EV gegen BND-Spion [Name 1, Vorname], geboren [Tag, Monat] 1947, zuletzt Student an der FU, festgenommen am 21.12.1970, einbezogen werden.
[Name 1] hat im Auftrage der gleichen BND-Dienststelle Spionage getrieben wie die beiden o. g. Spione.
In die Auswertung kann ebenfalls der UV [Name 2] (Festnahme 21.7.1970) einbezogen werden.

Verantw.: HA II im Zusammenwirken mit der HA IX | (Die Verantwortlichkeit schließt die Vorbereitung eines für die Öffentlichkeitsarbeit geeigneten Materials ein.)

b) Vorbereitung eines Materials für die Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel der Nachweisführung, dass der BND vielfältige Anstrengungen unternimmt, zahlreiche Spionagestützpunkte im Bereich der Staatsgrenze Ost der DDR zu schaffen, um vor allem Militärspionage (Überwachung des Militärverkehrs) zu betreiben. Dazu sind folgende Vorgänge auszuwerten:
- UV [Name 3] (Werbung auf dem Gebiet der DDR durch westdeutsche Verwandte, die ebenfalls festgenommen wurden). Festnahme: 13.7.1970 (HA II/4)
- UV [Name 4] (Spionage an einer strategisch wichtigen Bahnstrecke). Festnahme: 29.5.1970 (HA II/4)
- UV [Name 5] (Spionage unter Einbeziehung von Familienangehörigen). Festnahme: 13.3.1970 (BV Cottbus)
- UV [Name 6] (Westdeutscher Werber und Instrukteur des BND – warb IMF »Kaden« an). Festnahme: 7.9.1969 (BV Frankfurt (Oder))

Verantw.: HA IX (im Zusammenwirken mit der HA II) | *Termin:* 12.4.1971

c) Aufbereitung des Materials in Auswertung der Ergebnisse der bereits unter a) und b) genannten Vorgänge [Name 6], [Name 3], [Name 2] und [Name 1] sowie des Vorganges [Name 7, Vorname] (festgenommen 11.11.1969), unter Verwendung sichergestellter schriftlicher Anweisungen des BND und Aussagen der von den westdeutschen Agenten geworbenen und gesteuerten Spione in der DDR, die u. a. beinhalten

- den Einsatz westdeutscher Bürger durch den BND zur Anwerbung von DDR-Bürgern und Schaffung von Agentengruppen in der DDR unter Missbrauch verwandtschaftlicher und anderer persönlicher Kontakte, die Auftragserteilung, Instruierung und geheimdienstliche Ausrüstung. der DDR-Bürger durch diese westdeutschen Agenten unter Ausnutzung von Einreisen in die Hauptstadt der DDR, Besuchsreisen in Bezirke der DDR sowie von Fahrten zur Leipziger Messe;
- die gezielte Werbung und den Einsatz westdeutscher Bürger zur Spionage unter Missbrauch der Transitstrecken zwischen Westdeutschland und Westberlin;
- die Ausnutzung Westberliner zur Treffdurchführung zwecks Auftragserteilung, Instruierung, Übergabe geheimdienstlicher Mittel und Entgegennahme von Spionagematerial seitens des BND mit westdeutschen Agenten, die in der DDR zum Einsatz kommen;
- die Anwerbung von Studenten in Westberlin, unter anderem über getarnte Inserate in Westberliner Zeitungen, zur Spionage gegen die DDR und die ČSSR;
- die Orientierung der Agenten auf verstärkte zielgerichtete Erkundung militärischer Objekte, Verbindungswege und Nachschublinien so strategischer und taktischer Angriffsziele im Interesse der Vervollkommnung der imperialistischen Aggressionsplanung;
- Erklärung eines BND-Mitarbeiters gegenüber dem Agenten [Name 6]
  - über die Zielstellung des Geheimdienstes, durch die Schaffung von Agenten an Verkehrsknotenpunkten in der Nähe der Oder-Ne Grenze Voraussetzungen für die Beeinträchtigung des militärischen Nachschubs durch gezielte Diversions- und Sabotageakte im Kriegsfall zu schaffen,
  - über Pläne zur Einschleusung von Hetzmaterial aus Westdeutschland in internationalen Reisezügen und ihre Verbreitung durch Agenten des BND in der DDR, um damit Unruhe und Unzufriedenheit von Bevölkerungskreisen der DDR vorzutäuschen;
- Aufträge des BND zur Bespitzelung von Angehörigen der Technischen Universität in Westberlin sowie zum Eindringen in die Evangelis Brüdergemeinde[21] in Westdeutschland.

Verantw.: HA IX (im Zusammenwirken mit der HA II) | *Termin:* 12.4.1971

d) Vorbereitung eines für die Öffentlichkeitsarbeit geeigneten Materials über das Wirken von Patrioten, die mit Wissen des MfS Verbindung z BND unterhielten. Geeignet hierfür sind:

- IMF »Kaden« und Ehefrau (seit 1966 IM des MfS), 1968 vom BND angeworben. Als Werber und späterer Instrukteur fungierte der westdeutsche Agent, [Name 6, Vorname] Nowack, Erich (siehe o. g. UV [Name 6] Nowack). »Kaden« wurde 1969 im Zusammenhang m der Festnahme [Name 6] Nowacks zurückgezogen. Der IMF »Kaden« (seit 1964 Mitglied der SED, Reichsbahnangestellter) und seine Ehefrau können als Patrioten auftreten.
- IMF »Astor« seit 1959 Verbindung zum BND (gleiche Dienststelle wie IMF »Schumacher«). Hat gegenwärtig Aufträge zur Aufklärung v Objekten des MfS. Beachten: Es wird vermutet, dass der BND IMF »Astor« bestimmte Testmaßnahmen hinsichtlich seiner Zusammenarbeit mit dem MfS durchführt.

Verantw.: HA II | *Termin:* 15.4.1971

e) Ausarbeitung von Vorschlägen und Entwicklung einer Konzeption für die wirkungsvolle Verwendung der unter a) bis d) angeführten Materi in der Öffentlichkeitsarbeit unter Berücksichtigung folgender Möglichkeiten:

- Sendung einer Dokumentation im Deutschen Fernsehfunk zur Tätigkeit des BND, die beinhalten sollte: Aussagen der für das öffentlic Auftreten im DFF geeigneten Agenten [Name 6], [Name 3] und [Name 1];
- Einblenden sichergestellter Anweisungen des BND; aufgezeichnete Sendungen des Westfernsehens mit Äußerungen Bonner Politiker Bonner sogenannten Ost- und Deutschlandpolitik, konfrontiert mit Äußerungen von Ehmke über die Erhöhung der Wirksamkeit des B (eventuell Verbinden mit Auftreten eines Patrioten, siehe Pkt. d).
- Vorschläge für Kommentare (Presse, Rundfunk, Fernsehen) und Presseartikel z. B. über den Missbrauch Westberlins und der Transitstrecken, über den Widerspruch offizieller Erklärungen der Brandt/Scheel-Regierung und den BND-Praktiken.
- Durchführung einer kleinen Pressekonferenz mit DDR-Pressevertretern und akkreditierten Korrespondenten, in deren Verlauf ein ehemaliger IMF bzw. ein ehemaliger BND-Agent (als Selbststeller) auftritt und unter Nutzung sichergestellter BND-Anweisungen die Aktivität des BND als Ausdruck der mehrgleisigen Bonner Politik und der mit der »Ost- und Deutschlandpolitik« verfolgten eigentliche Zielsetzung anprangert.
- Lancierung fotokopierter BND-Direktiven in westdeutsche Presseorgane, die mit dem »Spiegel« konkurrieren. (Diese Maßnahme könn gesondert durchgeführt werden oder der kleinen Pressekonferenz folgen.)

Verantw.: Abteilung Agitation | *Termin:* 20.4.1971

3.3. Lancierung geeigneter Materialien nach Westdeutschland bzw. ins westliche Ausland

Hier handelt es sich um die Vorbereitung von Materialien, deren Eignung im Sinne der unter Pkt. 2 genannten Zielsetzung noch geprüft werden müsste bzw. worüber nach ihrer Vorlage eine Entscheidung herbeigeführt werden sollte.

a) *Dokumentation über die gegenwärtige Geheimdienstmisere, ihre Ursachen und Hintergründe (ca. 15 bis 20 Seiten)*

- Herausarbeiten, dass sogenannte Reformbestrebungen im westdeutschen Geheimdienstbereich von politischen Ambitionen überschat sind. Zusammenhang aufzeigen zur Verstärkung der Auseinandersetzungen um »Ostpolitik«, besonders auch zwischen US-Regierung u Bonner Regierung (Konzeptionen Strauß, Barzel[22] Guttenberg[23] und Schmidt). Unterdrucksetzung der Bundesregierung, Verhinderun Ratifizierung der Verträge,[24] Sabotierung der SALT-Gespräche.[25]
- Kampf um Machtpositionen im militärischen und geheimdienstlichen Bereich.
- 1968 angekündigte »Reformen« – bessere Koordinierung zwischen westdeutschen Geheimdienstzweigen, parlamentarische Kontrolle usw. – wurden nicht konsequent durchgeführt, sondern bestimmten Machtansprüchen unterworfen (Ehmke, Barzel, Strauß, Schmidt, Guttenberg und Gehlen, Wessel,[26] Blötz[27]).
- Gegenwärtige BND-Affäre dient auch der Formierung der am weitesten rechtsstehenden Kräfte innerhalb der SPD. Diese Kräfte hand im Rahmen der allgemeinen rechten Sammlungsbewegung und treten in der SPD gezielt mit Provokationen auf (Beispiel Auftreten Bärwalds[28] in enger Wechselbeziehung zu seinen Kontaktleuten in der CIA, im BND und hohen Offizieren der Bundeswehr;[29] Rolle Ahlers[30] u. a. durch Zuspielen von Interna der Bundesregierung an rechtsgerichtete Kräfte; Rolle Schmidts im BMVg und Nutzung militärischer Geheimdienstverbindungen für persönliche Machtansprüche).
- Weitere Beweise der Formierung rechter Kräfte zeigen sich in den Verbindungen der CSU-»Seilschaft« im BND mit Strauß, in der Preisgabe des Bahr[31]-Papiers[32] durch Guttenberg und im Auftreten Barzels in der VR Polen.[33]

Für Dokumentationen sollen Informationen der HV A/VII und Dosiers aus den Vorgängen »Dschungel« und »Pensionat«, Biografien sowie ein Vorgang der Abt. XII »Wanda« (zur persönlichen Haltung Gehlens und seine antifranzösische Stellung) genutzt werden.
Lancierungskanal: Muss noch festgelegt werden | *Verantwort.:* HV A/X (im Zusammenwirken mit den Abt. II, VII, XI, u. XII) | *Termin:* 15.4.1971

b) *Lancierung einer linksgerichteten Darstellung über machtpolitische Bestrebungen der CDU/CSU*
Bei der »Spiegel«-Affäre 1962[34] handelte es sich um einen Missbrauch gesetzlicher Einrichtungen (Gestapo-Methoden).
Strauß leitet mit »Pullach intern« neue Affäre ein. Er nutzt die von der CDU/CSU selbst verursachte Misere im BND, um eine Art nationale zu provozieren, eine allgemeine Spionagehysterie zu verbreiten und die Legalität zu unterwandern. Der neue Angriff von Strauß ist weitaus gefährlicher als der von 1962, da Strauß sich der Unterstützung von Kräften des BND und der CIA versicherte. CSU-»Seilschaft« im BND fü sich gegenüber Strauß tief verpflichtet. Strauß hat die »Verantwortungslosigkeit« des BND im Jahr der Selbstmorde 1968 gedeckt.[35]
Lancierungskanal: »Gustav«[36] | *Verantw.:* HV A/X (548) | *Termin:* 12.4.1971

e) *Lancierung von rechts über die Tätigkeit des amerikanischen und englischen Geheimdienstes gegen Strauß*
Es soll nachgewiesen werden, dass diese Geheimdienste seit Anfang der 1960er-Jahre durch systematisches Hochspielen gegen Strauß gerichteter Skandalgeschichten verhindert haben, dass Strauß Bundeskanzler wird.
Lancierungskanal: »Troja«[37] | *Verantwort.:* HV A/X (544) | *Termin:* 12.4.1971

d) *Vortäuschung einer konspirativen Tätigkeit von Bundeswehroffizieren im Sinne der Formierung der rechten Kräfte*
Entsprechend der Konzeption »Sturm«[38] werden mit der Abt. IV (HV A) verschiedenartige Materialien, die einerseits die nachrichtendienstl Tätigkeit von Bundeswehroffizieren und andererseits die Formierung von rechtsextremistischen Militärs belegen, ausgearbeitet und lanciert
Lancierungskanal: Einsatz eines IM der HV A/Abt. IV/D im Operationsgebiet | *Verantw.:* HV A/X (548) in Zusammenarbeit mit Abt. IV/D | *Termin:* 15.4.1971

Die Durchführung der vorgeschlagenen Lancierungsmaßnahmen könnte gestützt auf folgende Probleme bzw. Materialien erfolgen:

1. Verlauf der Maßnahmen der rechtskonservativen Kräfte gegen die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel, einschließlich ihres Sturzes.

- Gründung der NLA[39] im Juli 1970, Organisierung des Übertritts und Kauf von FDP-Abgeordneten, Versuche der Ausschaltung der FDP als Koalitionspartner der SPD.[40]
- Im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen Ausnutzung der Landtagswahlen in Hessen[41] und Bayern[42] im November 1970.
- Organisierung und Mobilisierung der revanchistischen Vertriebenenverbände im Zusammenhang mit dem Moskauer[43] und Warschauer Vertrag[44] gegen die Ostpolitik der Brandt/Scheel-Regierung.
- Organisierung der Demission Bärwalds aus der Tätigkeit im Parteivorstand der SPD als eine Aktion mit nachrichtendienstlichem Hintergrur und der Bestrebungen der konservativen Kräfte in der CDU/CSU sowie in der SPD.
- Darstellung der derzeitigen Aktion der Rechtskräfte im Zusammenhang mit dem BND als von der CDU/CSU gegen die Politik der Regierun Brandt/Scheel gerichtet (wegen Beachtung des Quellenschutzes erfolgt weitgehende Legendierung hinsichtlich des Ausgangspunktes der Maßnahmen in der CDU).

2. Bearbeitung eines Faktenmaterials über den nachrichtendienstlichen und politischen Hintergrund der von den Rechtskräften organisierten Bärwald-Demission.

- Bärwald als verantwortlicher Leiter im SPD-Ostbüro mit Verbindungen zum BND und zu rechtskonservativen Kreisen.
- Seine Verbindungen zu Dienststellen der psychologischen Kriegsführung. [45]
- Bärwald unterhält feste Kontakte zu führenden Kreisen im »Bundesverteidigungsministerium«; seine feste Verankerung im BMVg.
- Herausarbeitung des Zeitpunktes der Auslösung der Aktion mit dem Ziel der Schaffung eines neuen Höhepunkts im Vorgehen gegen die Pc der Brandt/Scheel-Regierung (bevorstehende Landtagswahlen; Vier-Mächte-Gespräche zur Westberlinfrage,[46] Gespräche DDR – BRD,[47] Gespräche Regierung DDR-Westberliner Senat,[48] Vorbereitung Europäischer Sicherheitskonferenz,[49] verschärfte antikommunistische Orientierung der SPD und diesbezügliche Auseinandersetzungen).

3. Fixierung der nachrichtendienstlichen und politischen Hintergründe der Auslösung der zur Zeit vor sich gehenden Aktion gegen die Politik der Brandt/Scheel-Regierung im Zusammenhang mit dem bzw. um den BND.
(Aus Gründen des Quellenschutzes erfolgt eine weitgehende Legendierung des intern bekannten Zusammenhanges auf »die führenden Kreise der CDU/CSU« als der Kraft, die die Aktion um bzw. mit dem BND ausgelöst haben).

- Darstellung des Zusammenwirkens zwischen rechtskonservativen Kreisen der CDU/CSU und rechtskonservativen Kräften im BND.
- Die Veröffentlichung des sogenannten Bahr-Papiers durch Guttenberg, eine Maßnahme der rechtskonservativen Kräfte der CDU/CSU und BND.
- Die sogenannten Ostreisen[50] führender CDU/CSU-Politiker in sozialistische Länder (Höcherl,[51] Barzel, Schröder[52]) als Mittel zur Abdecku ihnen von rechtskonservativen BND-Kreisen zur Verfügung gestellter Informationen des BND-Netzes aus sozialistischen Ländern.
- Darstellung, dass Ahlers verdächtigt wird, Interna aus der Regierung zum Schaden ihrer Politik an den BND bzw. an andere rechtskonserva Kräfte und in die Öffentlichkeit zu lancieren, was in Abstimmung mit diesen Kreisen erfolgt sein könnte. (Wann wird Ahlers als neuer Fall Bärwald zu einem neuen Höhepunkt im Vorgehen der Rechtskräfte gegen die Politik dieser Regierung?)

4. Nutzung der Gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den BND zu seiner internationalen Kompromittierung.

- Vorgang »Wanda« gegenüber Frankreich.
- Der strategische Dienst[53] des BND orientiert auf die Spionage gegen verbündete und befreundete Staaten.
- Nutzung der Aufklärungsforderungen an die Militär-Attaches,
- Herausarbeitung des Zusammenwirkens zwischen BND und israelischem Geheimdienst sowie der Spionage des BND gegen arabische Staat
- Herausarbeitung der der SPD/FDP-Regierung von den Rechtskräften angelasteten Misere im BND als von der CDU/CSU verursachten und nach Übernahme der Regierungsgeschäfte im Jahre 1969 weiter auswirkenden inneren, funktionsuntüchtigen Zustandes des BND anhand c mysteriösen[54] unaufgeklärten Todesfälle im BND und MAD seit Herbst 1969. Darstellung des wachsenden Misstrauens der [mit] dem BNI verbündeten Nachrichtendienste aufgrund dieser Todesfälle in Verbindung mit der gegenwärtigen Auseinandersetzung um das Vertrauen z BND.

4. *Bereits realisierte Maßnahmen (Öffentlichkeitsarbeit)*
(Zusammenstellung der Abteilung Agitation)
Unmittelbar nach der Publikation der ersten Folge der »Spiegel«-Serie über den BND wurde gegen den BND in differenzierter Form vorgegangen. Dabei sind in Absprache mit Genossen Mader folgende operativ-agitatorische Maßnahmen realisiert worden:
4.1. Die Redaktion »Der Spiegel« erhielt in getrennten Sendungen gezielt mit dem Betreff »Pullach intern« nacheinander folgende in englischer Sprache gehaltene Extradrucke publizistischer Beiträge

a) »News from West German Espionage Centre« [55]
(Darstellung der Rolle des BND-Generals Dethleffsen[56] und anderer ehemaliger Nazis im BND)
b) »Hitlers Secret Service Agents in and around Bonn« [57] (Analyse der Rolle ehemaliger Offiziere und Naziagenten des OKW-Amtes Ausland/Abwehr als Bestandteil des westdeutschen Rechtskartells)
c) Eine Dokumentation »Geheimdienstpraxis der Brandt-Regierung« (veröffentlicht im »Mitteilungsblatt der AeO« Nr. 7/1970)[58]
d) »German Democratic Report« vom 3.3.1971 mit drei Anti- BND-Artikeln[59]
e) Kopie des Briefes von Mader an CDU-Bundestagsabgeordneten Baier[60]

Dieses Material wurde versandt mit dem Ziel, die »Spiegel«-Serie in unserem Sinne zu präzisieren bzw. unsere Argumentation zu lancieren.
4.2. An folgende Bundestagsabgeordnete aller Parteien – darunter die Mitglieder des »Vertrauensmännergremiums für den BND«[61] – wurden an deren Privatadressen Extradrucke publizistischer Beiträge gesandt mit dem Vermerk: »Was ›Der Spiegel‹ in ›Pullach intern‹ noch verschweigt.«

- »Nazi Officer in Command of NATO Secret Service«[62]
(Abriss der Rolle des ehemaligen Bundeswehr-Geheimdienstchefs Flottillenadmiral Günter Poser,[63] der seit dem Jahre 1969 das Intelligenc Ressort der IMS der NATO leitet)
an Rainer Barzel (CDU)
an Hermann Höcherl (CSU)

- »News from West German Espionage Centre« [64]
  (Darstellung der *Rolle des BND-Generals Dethleffsen und anderer ehemaliger Nazis im BND)*
  an Helmut Schmidt *(SPD)*
  an Franz Josef Strauß (CSU)
- »Hitlers Secret Service Agents in and around Bonn« (Analyse der Rolle ehemaliger Offiziere und Naziagenten des OKW-Amtes Ausland/Ab als Bestandteil des westdeutschen Rechtskartells)
  an Herbert Wehner (SPD)
  an Wolfgang Mischnik [65] (FDP)
  an Fritz Baier (CDU)
  an Richard Stücklen [66] (CSU)

4.3. Brief von Mader an CDU-Bundestagsabgeordneten und Mitglieder des »Vertrauensmännergremiums für die Geheimdienste«, Fritz Baier, mit einer Polemik gegen Baiers falsche Aussagen im westdeutschen Fernsehen und den dokumentarischen Nachweis weiterer den BND entlarvenden und belastenden Materialien.
4.4. Verbreitung eines Artikels über Spionage und Subversion des BND speziell in den 22 lateinamerikanischen Staaten über »Panorama« – DDR-Auslandspressedienst in spanischer Sprache.
4.5. Kontinuierlicher Versand von drei den BND entlarvenden publizistischen Beiträgen in englischer Sprache mit je 200 Exemplaren Auflage als Luftpostsendungen an Kommunikatoren in 50 Staaten aller Kontinente.

- Abriss der Rolle des ehemaligen Bundeswehr-Geheimdienstchefs Flottillenadmirals Günter Poser, der seit dem Jahre 1969 des Intelligence-Ressort des IMS der NATO leitet, unter dem Titel:
  »Nazi Officer in Command of NATO Secret Service« [67] (Nazi-Offizier befehligt NATO-Geheimdienst)
- Darstellung der Rolle des BND-Generals Dethleffsen und anderer ehemaliger Nazis im BND unter dem Titel:
  »Nazi General Draws Up Bonn's Troublemaking Policy« [68] (Nazigeneral konzipiert Bonner Störpolitik)
- Anlayse der Rolle ehemaliger Offiziere und Naziagenten des OKW-Amtes Ausland/Abwehr als Bestandteil des westdeutschen Rechtskarte unter dem Titel:
  »Hitlers Secret Services Agents in and around Bonn« (Hitlers Geheimdienstler in und um Bonn)

1
Die Artikelserie »Pullach intern« erschien zwischen März und August 1971 im Nachrichtenmagazin »Der Spiegel«. In ihr wurde erstmals umfassend und in Teilen kritisch über den westdeutschen Auslandsgeheimdienst BND berichtet. Zur Entstehungsgeschichte vgl. Dülffer, Jost: Pullach intern. Innenpolitischer Umbruch, Geschichtspolitik des BND und »Der Spiegel«, 1969–1972. Marburg 2015, sowie Ders.: Geheimdienst in der Krise. Der BND in den 1960er Jahren. Berlin 2018, S. 291–303 u. 613–617.

2
Franz Josef Strauß, Jg. 1915, CSU-Politiker, 1953–55 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955/56 Bundesminister für Atomfragen, 1956–62 Bundesminister der Verteidigung, 1961–88 Vorsitzender der CSU und 1963–66 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag.

3
Horst Ehmke, Jg. 1927, SPD-Politiker, 1969–94 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1969 Bundesminister der Justiz, 1969–72 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, 1972–74 Bundesminister für Forschung und Technologie und Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen.

4
Die »Ostpolitik« meint die während des Kalten Krieges auf Ausgleich mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten zielende Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Sie begann mit der Bildung der sozialliberalen Regierung unter Willy Brandt und Walter Scheel im Jahr 1969.

5
Gemeint sind die vor allem von CDU- und CSU-Politikern getragenen Bestrebungen in der Bundesrepublik, die auf Entspannung und Annäherung ausgerichtete Außen- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition politisch zu bekämpfen.

6
Nach der Bundestagswahl von SPD und FDP gebildete erste sozialliberale Koalitionsregierung, hier bezeichnet nach den Parteivorsitzenden Willy Brandt und Walter Scheel.

7
Reinhard Gehlen, Jg. 1902, Berufssoldat und Geheimdienstmitarbeiter, 1940–42 Leiter der Gruppe Ost der Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres, 1942–45 Chef der »Abteilung Fremde Heere Ost« der Wehrmacht, 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft, 1946–49 Mitbegründer der von der US-Army beaufsichtigten Spionageorganisation »Organisation Gehlen«, 1949–56 Leiter der »Organisation Gehlen« unter Aufsicht der CIA, 1956–68 Präsident des Bundesnachrichtendienstes.

8
»Fremde Heere Ost« war eine 1938 im Generalstab des Heeres der Wehrmacht gebildete Abteilung, welche für die Auswertung von Informationen vor allem über die sowjetischen Truppen verantwortlich war. Reinhard Gehlen leitete die Abteilung von 1942 bis Kriegsende. Vgl. Pahl, Magnus: Fremde Heere Ost. Hitlers militärische Feindaufklärung. Berlin 2012.

9
Willy Brandt, Jg. 1913, SPD-Politiker, 1957–66 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964–87 Parteivorsitzender, 1966–69 Bundesaußenminister, 1969–74 Bundeskanzler.

10
Herbert Wehner, Jg. 1906, SPD-Politiker, 1949–66 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen, 1957/58 und 1964–66 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1958–73 stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender.

11
Helmut Schmidt, Jg. 1918, SPD-Politiker, 1958–83 Mitglied des SPD-Bundesvorstandes, 1961–65 Innensenator in Hamburg, 1966–69 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1969–72 Bundesminister für Verteidigung, 1974–82 Bundeskanzler, 1985–90 Geschäftsführer der Wochenzeitung »Die Zeit«.

12
In Reaktion auf die 1968 im BND angestoßenen Reformen und in Ablehnung des deutschlandpolitischen Kurses der sozialliberalen Koalition betrieben einige ehemalige und aktive BND-Mitarbeiter zwischen 1969 und 1982 auf Betreiben von Teilen der CDU einen privaten Informationsdienst (»Stauffenberg-Dienst«), der für die CDU/CSU-Fraktion unter anderem auch innenpolitische Berichte lieferte. Vgl. Waske, Stephanie: Nach Lektüre vernichten! Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg. München 2013; Dülffer, Jost: Geheimdienst in der Krise. Der BND in den 1960er Jahren. Berlin 2018, S. 282–291.

13
Julius Mader (bürgerlich: Thomas Bergner), Jg. 1928, Publizist, veröffentlichte im Auftrag des MfS bzw. der SED Propagandamaterial vor allem über westliche Geheimdienste und Sicherheitspolitik, seit 1960 zunächst geheimer Mitarbeiter, ab 1962 als Offizier im besonderen Einsatz des MfS tätig.

14
Die Zeitschrift »Horizont – Sozialistische Wochenzeitung für internationale Politik und Wirtschaft« erschien zwischen 1968 und 1991 in Berlin.

15
»Panorama« war die Auslandspresseagentur der DDR.

16
Das »Studio 70« war eine politische Sendereihe im DDR-Rundfunk.

17
Mader, Julius: Die Geheimdienstpraxis der Brandt-Regierung. In: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, 7/1970, S. 5–8.

18
Die Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere (AeO) war ein 1958 in der DDR begründeter Verband, der im Auftrag der SED propagandistisch gegen die Wiederbewaffnung und militärische Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis auftrat. Im Juni 1971wurde er auf Weisung der SED aufgelöst.

19
Alain Guérin, Jg. 1932, französischer Publizist, 1949–53 Journalist der Tageszeitung »L'Humanité«, veröffentlichte später vor allem Bücher, die sich mit Spionage und dem Widerstand während des Zweiten Weltkrieges auseinandersetzen.

20
Vgl. Guérin, Alain: Le Général Gris. Paris 1968.

21
Der Bezug ist unklar. In der Bundesrepublik bestanden mehrere evangelische Brüdergemeinden, die als selbstständige Einheiten innerhalb der Landeskirchen bestanden.

22
Rainer Barzel, Jg. 1924, CDU-Politiker, 1957–87 Mitglied des Bundestages (CDU), 1962–63 und 1982/83 Bundesminister für gesamtdeutsche bzw. innerdeutsche Fragen, 1966–71 Oppositionsführer im Bundestag, 1971–73 Bundesvorsitzender der CDU, 1980–82 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

23
Karl Theodor zu Guttenberg, Jg. 1921, CSU-Politiker, 1957–72 MdB, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

24
Gemeint sind die 1970 unterzeichneten »Ostverträge« der Bundesregierung mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen. Sie wurden 1970 von der Bundesregierung geschlossen, mussten aber noch vom Bundestag ratifiziert werden. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen um

die Ratifizierung zogen sich bis 1972 hin.

25

Strategic Arms Limitation Talks (SALT), deutsch: Gespräche zur Begrenzung strategischer Rüstung. 1969–79 zwischen den USA und der Sowjetunion mit dem Ziel einer Begrenzung der nuklearen Rüstung geführt. Das wichtigste Abkommen war der 1972 unterzeichnete ABM-Vertrag.

26

Gerhard Wessel, Jg. 1913, Berufssoldat und Geheimdienstmitarbeiter, 1942–45 in der Geheimdienstabteilung »Fremde Heere Ost« tätig, 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft, 1946–52 am Aufbau der Organisation Gehlen unter anderem als Leiter der Auswertung beteiligt, 1952–56 im Amt Blank, 1956–57 Leiter des Militärischen Abschirmdienstes der Bundeswehr, 1957–63 Leiter der Abteilung Militärische Sicherheit im Führungsstab der Bundeswehr, 1968–78 Präsident des Bundesnachrichtendienstes.

27

Dieter Blötz, Jg. 1931, SPD-Politiker, 1966–70 für die SPD in Hamburg tätig, 1970–79 Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes.

28

Helmut Fränzel, Deckname »Bärwald«, Jg. 1928, Publizist, 1966–71 Leiter des Ostbüros der SPD, 1971 aus Protest gegen die »Ostverträge« Austritt aus der SPD.

29

Zur Rolle von Helmut Frenzel alias »Bärwald« und anderen ehemaligen Mitarbeitern des SPD-Ostbüros, die für den BND tätig wurden, vgl. Dülffer, Jost: Geheimdienst in der Krise. Der BND in den 1960er Jahren, Berlin 2018. S. 300–308, Heidenreich, Ronny: Die DDR-Spionage des BND. Von den Anfängen bis zum Mauerbau. Berlin 2019, S. 389 f.

30

Conrad Ahlers, Jg. 1922, SPD-Politiker und Journalist, ab 1948 als Journalist für verschiedene Tageszeitungen tätig, 1966–69 stellvertretender Leiter des Bundespresseamtes, 1969–72 Regierungssprecher und Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1972–80 Mitglied des Bundestages.

31

Egon Bahr, Jg. 1922, Journalist, SPD-Politiker, 1950–60 Chefkommentator des RIAS, 1960–66 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Senats von (West-)Berlin, 1966–69 Sonderbotschafter und Leiter des Politischen Planungsstabes im von Willy Brandt geleiteten Auswärtigen Amt, 1969–72 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Bevollmächtigter Unterhändler der Bundesregierung, 1972–74 Bundesbevollmächtigter für Berlin und Bundesminister für besondere Aufgaben, 1974–76 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1976–81 Bundesgeschäftsführer der SPD.

32

Am 12. Juni 1970 veröffentlichte die »Bild«-Zeitung Teile einer Gesprächsnotiz zwischen dem Unterhändler der Bundesregierung, Egon Bahr, und dem sowjetischen Außenminister, Andrej Gromyko. Wenig später erschien in der Zeitschrift »Quick« ein vollständiger Abdruck dieses Dokuments. Der CDU-Abgeordnete Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg (Jg. 1921) lancierte anschließend ein von Gromyko an Bahr übergebenes Papier in die Öffentlichkeit. Die auf gezielte Indiskretionen zurückzuführenden Veröffentlichungen sollten die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in der Öffentlichkeit diskreditieren und erschwerten die zeitgleich laufenden Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der sowjetischen Führung. Sie konnten aber die Unterzeichnung des in der Bundesrepublik innenpolitisch umstrittenen Moskauer Vertrages vom 12. September 1970 nicht verhindern.

33

Der Fraktionschef der CDU/CSU, Rainer Barzel, gehörte zu jenen konservativen Abgeordneten, die für einen pragmatischen Umgang mit der Ostpolitik der sozialliberalen Regierung eintraten. Obwohl Barzel die Unterzeichnung der Ostverträge 1970 als Oppositionsführer im Bundestag scharf kritisierte, reiste er vom 20. bis 23. Januar 1971 zu politischen Gesprächen nach Polen.

34

Das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« veröffentlichte am 10. Oktober 1962 einen kritischen Beitrag über ein Manöver der Nato 1962. Darauf sahen sich mehrere Mitarbeiter des Magazins strafrechtlicher Verfolgung unter dem Vorwurf des Landesverrates ausgesetzt. Die Strafverfolgung musste nach öffentlichen Protesten eingestellt werden. Vgl. Doerry, Martin; Janssen, Hauke (Hg.): Die Spiegel-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen. München 2012.

35

Am 8. Oktober 1968 wurde Horst Wendland, führender BND-Mitarbeiter, tot in seinem Dienstzimmer in Pullach aufgefunden. Nach weiteren Todesfällen in anderen sicherheitsrelevanten Behörden wurde ein Untersuchungsausschuss des Bundestages 1969 mit der Aufklärung der Vorfälle beauftragt. Ein zeitgenössisch vermuteter Zusammenhang mit nachrichtendienstlichen Verstrickungen ließ sich nicht beweisen. Vgl. Dülffer, Jost: Geheimdienst in der Krise. Der BND in den 1960er Jahren. Berlin 2018, S. 271–273.

36

Bei der HV A-Quelle »Gustav« handelt es sich sehr wahrscheinlich um den Journalisten Carl Gigolos, der als Redakteur der SPD-Parteizeitung

»Vorwärts«, ab 1967 Chefredakteur und Herausgeber des vom MfS finanzierten »Berliner Extra-Dienstes« tätig war. Vgl. Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999, S. 211 f.

37

Zu »Troja« vgl. Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999, S. 224.

38

Bei der Aktion »Sturm« handelte es sich um eine Desinformationsoperation der HV A, die sich mit der Militärpolitik der Bundesrepublik und ihrer Rolle in der NATO befasste. vgl. Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999, S. 241.

39

Die »Nationalliberale Aktion« (NLA) war eine am 17. Juni 1970, hauptsächlich von ehemaligen FDP-Politikern gegründete, rechtsnationale Splitterpartei. Die Mitglieder traten gegen eine Beteiligung der FDP an der sozialliberalen Koalition und die von ihr verfolgte neue Ostpolitik ein. Nach dem Austritt mehrerer prominenter FDP-Politiker wie Erich Mende ging sie Ende 1971 in der Partei »Deutsche Union« auf.

40

Die im Frühjahr 1970 gegen parteiinterne Widerstände der FDP durchgesetzte Bildung einer sozialliberalen Koalition im Ergebnis der Bundestagswahl 1969 hatte den Austritt bzw. Übertritt einiger namhafter Bundestagsabgeordneter der FDP zur Folge. Die parlamentarische Mehrheit des Regierungsbündnisses wurde damit geschwächt.

41

Die Landtagswahl in Hessen fand am 8. November 1970 statt.

42

Die Landtagswahl in Bayern fand am 22. November 1970 statt.

43

Der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 war einer der Grundsteine für die auf Entspannung und Annäherung ausgelegte Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik. Beide Staaten verpflichteten sich, Konflikte friedlich zu lösen. Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (»Moskauer Vertrag«) vom 12. August 1970. In: BGBl. II 1972, S. 354–356.

44

Der Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 war einer der Grundsteine für die auf Entspannung und Annäherung ausgelegte Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik. Kernpunkte des Abkommens waren die Anerkennung der neuen Westgrenze und territorialen Integrität Polens durch die Bundesrepublik sowie der Verzicht von gegenseitiger Gewaltanwendung. Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (»Warschauer Vertrag«) vom 7. Dezember 1970. In: BGBl. II 1972, S. 362 f.

45

Die Truppe für Psychologische Verteidigung (kurz PSV) war eine 1959 als Truppe für Psychologische Kampfführung im Bundesministerium für Verteidigung aufgestellte Sondereinheit, die während des Kalten Krieges Propagandamaßnahmen vor allem in Richtung der DDR durchführte. 1970 wurde sie in PSV umbenannt.

46

Seit dem 26. März 1970 verhandelten die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs sowie der Sowjetunion über ein Vertragswerk, dass den rechtlichen Status der seit 1945 von den Siegermächten gemeinsam verwalteten Stadt Berlin und für die Westalliierten besonders wichtig, den Zugang nach Westberlin, kodifizieren sollte. Das Vier-Mächte-Abkommen wurde am 3. September 1971 unterzeichnet und trat am 3. Juni 1972 in Kraft.

47

Parallel zu den Verhandlungen der Alliierten und der Sowjetunion über das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin begannen im November 1970 Gespräche zwischen der DDR und der Bundesrepublik unter anderem über die Neugestaltung des Reise- und Güterverkehrs zwischen beiden deutschen Staaten. Nach Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens am 3. September 1970 konnte am 20. Dezember 1971 das sogenannte Transitabkommen als erstes deutsch-deutsches Vertragswerk geschlossen werden.

48

Aus Sicht der SED war die Bundesrepublik im Rahmen der deutsch-deutschen Gespräche nicht autorisiert, Westberlin betreffende Fragen zu behandeln. Sie drängte daher auf bilaterale Verhandlungen mit dem Westberliner Senat. Offizielle Beziehungen zur DDR sollte der Senat aber entsprechend den Vorgaben der Westalliierten und der Bundesrepublik bis zum Abschluss des Vier-Mächte-Abkommens am 3. September 1971 nicht aufnehmen. Alle Westberlin betreffenden Fragen mussten schließlich auch auf Druck der Moskauer Führung mit der Bundesregierung besprochen werden.

49

1970 stimmten die Westmächte einem Vorschlag der Staaten des Warschauer Paktes zu, über eine gemeinsame europäische Sicherheitskonferenz zu verhandeln. Voraussetzung war seitens des Westens eine Verständigung über die Deutschland- und Berlin-Frage. Nach

dem Abschluss des Viermächte-Abkommens über Berlin 1971, den »Ostverträgen« der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und Polen 1970 sowie dem Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik 1972 begannen 1973 die Gespräche der »Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (KSZE).

50
Trotz politischer Ablehnung bzw. Skepsis gegenüber der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition reisten 1970/71 mehrere prominente Vertreter der Opposition zu Gesprächen nach Polen und in die Sowjetunion. Darunter der CDU-Politiker und Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestage, Gerhard Schröder (13.–20. Januar 1971 in Moskau und St. Petersburg), der Oppositionsführer und CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel (20.–23. Januar 1971 in Polen) und Hermann Höcherl, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU (15. Juli 1970 in Polen).

51
Hermann Höcherl, Jg. 1912, CSU-Politiker, 1961–65 Bundesinnenminister, 1965–69 Bundesminister für Landwirtschaft und Ernährung, 1969–7(Mitglied des Bundestages, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion.

52
Gerhard Schröder, Jg. 1910, CDU-Politiker, 1953–61 Bundesinnenminister, 1961–66 Bundesaußenminister, 1966–69 Bundesverteidigungsminister, 1969–80 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages.

53
Der »Strategische Dienst« war ein 1952–68 innerhalb des BND bestehender Sonderbereich, der vom offiziellen Bundesnachrichtendienst abgeschirmt dem Präsidenten unterstand. Neben dem Aufbau von mehr oder weniger nachrichtendienstlichen Kontakten in der westlichen Hemisphäre war der »Strategische Dienst« auch für Inlandsspionage und »Pressearbeit« zuständig. Vgl. Wolf, Thomas: Die Entstehung des BND. Aufbau, Finanzierung, Kontrolle. Berlin 2018, S. 415–447.

54
Im Original »misteriösen«.

55
Die Veröffentlichung konnte nicht ermittelt werden.

56
Erich Dethlefsen, Jg. 1904, Berufssoldat und Geheimdienstmitarbeiter, 1958–68 Leiter der Auswertung des BND, im Zuge der Reorganisation 1969 von diesem Posten entbunden.

57
Ein Beitrag unter diesem Titel konnte nicht ermittelt werden.

58
Vgl. Mader, Julius: Die Geheimdienstpraxis der Brandt-Regierung. In: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, 7 (1970), S. 5–8.

59
Vgl. die Beiträge Gordon, Eugene: From fith colmun to Bonn advisor; U-Boat Commander runs Nato spies sowie Hitler General in Intelligence. In: German Democratic Report v. 3.3.1971 (XX, Nr. 5), S. 36 f.

60
Fritz Baier, Jg. 1923, CDU-Politiker, 1969–76 Vorsitzender des für Geheimdienstkontrolle zuständigen Parlamentarischen Vertrauensmännergremiums.

61
Das Parlamentarische Vertrauensmännergremium (PMVG) wurde mit Gründung des Bundesnachrichtendienstes 1956 auf Betreiben des Bundeskanzleramtes geschaffen und war bis 1965 für den BND, dann auch für BfV und MAD, zuständig. Eine effektive parlamentarische Kontrolle begann erst zum Ende der Amtszeit Reinhard Gehlens. 1976 wurde das PMVG aufgelöst und 1978 eine neue Parlamentarische Kontrollgruppe geschaffen. Vgl. Dülffer, Jost: Geheimdienst in der Krise. Der BND in den 1960er Jahren. Berlin 2018, S. 243–319.

62
Ein Beitrag unter diesem Titel konnte nicht ermittelt werden.

63
Günter Poser, Jg. 1916, Berufssoldat, 1941–43 U-Boot-Kommandant, 1943–47 Kriegsgefangenschaft, 1955–63 Bundesmarine, 1963–69 Bundesverteidigungsministerium unter anderem als Unterabteilungsleiter Militärisches Nachrichtenwesen, 1969–73 Abteilungsleiter beim Internationalen Militärstab (IMS) der NATO, 1973 Entlassung aus Protest gegen die Ostpolitik der sozialliberalen Regierung, anschließend publizistisch tätig, 1987 Eintritt in die rechtsradikale Partei »Die Republikaner«.

64
Ein Beitrag unter diesem Titel konnte nicht ermittelt werden.

65

Wolfgang Mischnick, Jg. 1921, FDP-Politiker, 1961–63 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1968–91 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion.

66

Richard Stücklen, Jg. 1916, CSU-Politiker, 1957–66 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, 1967–76 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, 1976–90 im Präsidium des Bundestages, 1979–83 als Bundestagspräsident.

67

Ein Beitrag unter diesem Titel konnte nicht ermittelt werden.

68

Ein Beitrag unter diesem Titel konnte nicht ermittelt werden.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.